

Einladung an Frau Staatsministerin Stolz zur Fachtagung des Bündnisses am 15.02.2025

Schriftverkehr mit MR Reißmann. KM Bayern

*Mail vom 12.10.2024
an das Büro von Staatsministerin Anna Stolz*

Liebe Frau Praml,

vielen Dank für Ihre E-Mail. Wir bedauern es sehr, dass die Kultusministerin an diesem wichtigen Dialog mit unserem Bündnis sowie Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Bildungspraxis nicht teilnehmen kann. Wir verstehen, dass es terminlich schwierig sein kann, hatten jedoch gehofft, dass es mit dem langen Vorlauf von vier Monaten möglich sein würde. Da wir nicht so schnell aufgeben und die Themen (Bildungsgerechtigkeit, Inklusion und moderne Schulentwicklung) von großer Bedeutung sind, möchte ich das freundliche Angebot von Herrn Reißmann annehmen, mich direkt an ihn wenden zu dürfen, und nehme ihn erneut in den Verteiler dieser E-Mail auf.

Gibt es möglicherweise doch eine Möglichkeit, dass die Staatsministerin Zeit findet? Wir würden den Termin des Podiums dann gerne so legen, dass sie zumindest an dieser Runde teilnehmen kann. Alternativ, gibt es eine Person seitens des Kultusministeriums, die als Ansprechpartner*in bei der Fachtagung anwesend sein könnte? Für uns stellt sich die Frage, welche Schulart für die Entwicklung neuer oder alternativer Schulformen verantwortlich sein könnte. Zuletzt hatten wir ein Gespräch mit Ministerialdirektor Gremm, der, wie wir gehört haben, inzwischen in den Ruhestand getreten ist.

Lange Rede, kurzer Sinn – wir sind der Meinung, dass es sehr wichtig wäre, wenn eine Vertretung des Kultusministeriums auf einem der Podien unserer Fachtagung präsent wäre. Die beste Repräsentantin wäre natürlich die Kultusministerin selbst.

Liebe Frau Praml, lieber Herr Rissmann, bitte richten Sie der Kultusministerin unsere besten Grüße aus. Da wir wissen, dass sie einem offenen Dialog sehr zugewandt ist, was wir sehr schätzen, hoffen wir auf eine Zusage – gerne auch durch eine geeignete Vertretung.

Mit freundlichen Grüßen

Christine Lindner - Co-Sprecherin Bündnis Gemeinschaftsschule Bayern zusammen mit
Dr. Gerald Klenk (Lernwerkstatt Inklusion e.V.)

Mail LtdMR Reißmann vom 18.10.2024

Sehr geehrte Frau Lindner,

vielen Dank für Ihre E-Mail. Ich habe an Ihrem Gespräch mit Frau Staatsministerin Stolz am 28. Mai 2024 teilgenommen; möglicherweise haben Sie mich deshalb cc gesetzt. Zu Ihrer Anfrage nach einer Beteiligung des Staatsministeriums an Ihrer Veranstaltung am 15. Februar 2025 darf ich Ihnen im Auftrag von Frau Staatsministerin und Herrn Amtschef Wunsch Folgendes mitteilen:

Das von Ihnen geleitete Aktionsbündnis befasst sich u. a. mit Fragen der Inklusion und der Nachhaltigkeit im Bildungswesen. Mit diesen Themenfeldern beschäftigen sich auch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie zahlreiche Dienststellen und Behörden im nachgeordneten Bereich; vor allem diese Themenbereiche standen ja auch im Mittelpunkt des Gesprächs mit Frau Staatsministerin am 28. Mai 2024. Grundsätzlich nehmen Beamtinnen und Beamte des Staatsministeriums und der Schulverwaltung auf Einladung an Fachveranstaltungen entsprechender Verbände teil, wenn Zuständigkeiten der Bildungsverwaltung – wie etwa Inklusion und Nachhaltigkeit – betroffen sind, eine gewisse überörtliche Bedeutung der Veranstaltung gegeben ist und eine Teilnahme personell ermöglicht werden kann.

Die von Ihnen angekündigte Veranstaltung am 15. Februar befasst sich jedoch nicht in erster Linie mit Inklusion und Nachhaltigkeit, sondern mit der Einführung sogenannter Gemeinschaftsschulen in Bayern. Solche Strukturen sind gemäß dem Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) als Regelangebot des öffentlichen Schulwesens in Bayern nicht vorgesehen. Entsprechend liegen sie auch nicht im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums und der nachgeordneten schulaufsichtlichen Behörden. Ich bitte um Verständnis, dass sich das Staatsministerium als Exekutivorgan nicht mit Vorhaben befassen kann, deren Umsetzung in Bayern nach dem Willen der Legislative – des Bayerischen Landtags - ausdrücklich nicht vorgesehen sind. Die derzeitigen Regierungsfractionen im Bayerischen Landtag haben sich in ihrem Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2023-2028 (S. 10) ausdrücklich für die Beibehaltung des gegliederten Schulwesens und gegen eine Einheitsschule ausgesprochen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Reißmann

Leitender Ministerialrat

Leitung Abteilung III: Strategie und Planung, pädagogische Grundsatzfragen

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Antwort an Herrn ltdMR Reißmann vom 05.11.2024

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Reißmann,

wir danken für Ihr Schreiben vom 18.10.2024, mit dem Sie die Beteiligung von Kultusministerin Anna Stolz an unserer [Fachtagung](#) ablehnen. Es enthält in unseren Augen einige Unstimmigkeiten, weshalb wir uns einen Kommentar erlauben.

- Zuverlässig wissen wir, dass die Kultusministerin stets offen für Gespräche ist, sogar - und entgegen Ihrer Darstellung - mit lokalen Akteuren. Andernfalls hätte sie nicht z. B. für Spotlight BEV Erlangen ein ausführliches [Interview in Präsenz](#) gegeben. An innovativen Impulsen ist sie interessiert – und muss dies schon kraft Amtes sein. Uns drängt sich auf, dass weniger die Ministerin, sondern vielmehr die Kultusverwaltung ihre Teilnahme an unserer Tagung nicht wünscht.
- Ihr Antwortschreiben ignoriert, dass unser Bündnis die Schulstruktur in Bayern nicht antasten, sondern dem öffentlichen Schulwesen lediglich eine weitere Schulart hinzugefügt wissen will.

- Sie berufen sich auf die Zuständigkeit des Landtags als Gesetzgeber für die Schulstruktur. Dies trifft selbstverständlich zu, dennoch hat die Bildungsverwaltung viele Möglichkeiten, Innovationen voranzubringen. Davon macht sie nachweislich Gebrauch. Durch den wiederkehrenden Verweis auf den Landtag seitens Ihres Hauses drängt sich uns der Eindruck auf, dass Sie auf diese Weise eine Diskussion vermeiden möchten. Als Gegensatz dazu verstehen wir folgende [Äußerung des CSU - Generalsekretärs Martin Huber](#) als Richtschnur: "Wer alle Veränderungen unter Hinweis auf rechtliche Hürden ausschließt, hat die Demokratie aufgegeben. Dies hilft einzig und allein radikalen Kräften."
- Der Ihrerseits verwendete Begriff „Einheitsschule“ ist alles andere als geeignet, die Diskussion zu versachlichen. Er suggeriert eine Schule, in der sämtliche Schüler*innen zur selben Zeit im selben Raum auf dieselbe Art und Weise dasselbe lernen und zum selben Zeitpunkt denselben Prüfungen unterworfen werden. Dieser abwertende Begriff soll wohl verschleiern, dass genau dies an bayerischen Realschulen und Gymnasien herrschender Standard ist. Dagegen zeigt ein Blick etwa in die Alemannenschule Wutöschingen, eine Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg und Preisträgerin des Deutschen Schulpreises 2019, dass diese Schulart die Möglichkeit bietet, individuell und differenziert sogar auf verschiedene Schulabschlüsse hin zu lernen. Die Individualisierung des Lernens ist hier so fortgeschritten, dass die Schüler*innen weitgehend selbst bestimmen, was sie wann, wo und auf welche Weise lernen. In Vergleichsarbeiten schneiden sie rund eine halbe Note besser ab als der Landesdurchschnitt! Von „Einheitsschule“ oder gar „Gleichmacherei“ auf niedrigstem Niveau, wie oft suggeriert wird, kann hier keine Rede sein. Eine Begründung für diesen Kampfbegriff lässt Ihr Schreiben leider vermissen.
- Die Gemeinschaftsschule ist, wenngleich in privater Hand, längst Realität in Bayerns Schullandschaft. Waldorf- und Montessorischulen etwa liefern den Beweis, dass solche Schulen qualitativ hochwertige und inklusive Arbeit leisten. Nicht ohne Grund werden sie immer stärker nachgefragt.
- Auch Ihr Satz „Die von Ihnen angekündigte Veranstaltung am 15. Februar befasst sich jedoch nicht in erster Linie mit Inklusion und Nachhaltigkeit“ kann so nicht stehen bleiben. Der „Bayerische Weg der Inklusion durch eine Vielfalt schulischer Angebote“ genügt wegen der dennoch geltenden Selektion nach Noten nicht den Vorgaben der UN-BRK, wie die stets wiederkehrenden Beanstandungen im Zuge der [Staatenprüfung](#) zeigen. Wobei die Deutungshoheit der UN-BRK selbstverständlich nicht bei der Bayerischen Staatsregierung, sondern bei den UN zu liegen hat. Da Inklusion unter ausschließenden Bedingungen nicht diesen Namen tragen kann, ist es unumgänglich, auch eine dafür geeignete Struktur zu diskutieren. Dies soll die Tagung leisten.

Wir würden es nach wie vor sehr begrüßen, wenn Sie die Entscheidung zur Teilnahme der Kultusministerin an der Tagung überdenken. Wichtig wäre uns gegebenenfalls ein persönliches Gespräch vorab, um Missverständnisse auszuräumen und gemeinsame Lösungsansätze zu finden. Lassen Sie uns in jedem Fall einen offenen Dialog führen! Denn wir denken, Ihnen geht es wie uns darum, Schule in Bayern gerecht, inklusiv, nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten. Das sollte uns einen.

Mit freundlichen Grüßen

Christine Lindner (Eine Schule für Alle in Bayern e.V.), 0173 7348469 und
Dr. Gerald Klenk (Lernwerkstatt Inklusion e.V.), 0176 63195547
als Sprecherteam des Bündnis Gemeinschaftsschule Bayern

*Weitere Informationen zum Bündnis Gemeinschaftsschule Bayern finden Sie auf unserer
Website: <https://buendnis-gemeinschaftsschule-bayern.de/>*

P.S.

Zu Ihrer Information: Da diese Korrespondenz von öffentlichem Interesse ist, stellen wir
sie auf unsere Homepage.